

Die Geschichte keiner Einbürgerung

Fanny Dethloff

Während das Land Schleswig-Holstein mit seinem Einbürgerungsbericht 2025 Erfolge bei der Einwanderungspolitik feiert, macht eine sozial benachteiligte Schwarze Frau keine guten Erfahrungen mit der Bürokratie.

Sie war ein Biafra-Kind. Ich erinnere mich. Wir SchülerInnen sammelten damals in der Schule Geld, nachdem die Fotos im STERN veröffentlicht wurden. Ich war so 13 Jahre alt etwa. Wir schickten das Geld an Organisationen, erschüttert von den Bildern der Kinder. Sie war so ein Kind: geflohen mit 8 Jahren mit ihrer Familie innerhalb Nigerias. Wie lange es dauerte, kann sie gar nicht mehr sagen. Ihr Dorf war zerstört, als sie zurückkehrten.

Nun ist sie schon 67 Jahre alt, und seit 45 Jahren lebt sie verheiratet in Deutschland mit ihrem deutschen Mann, der sie als Arbeiter in Nigeria kennen und lieben gelernt hatte. Sie ist seit anderthalb Jahren in Rente, nachdem sie, als ihr Junge, der hier geboren wurde, größer war, 35 Jahre als Reinigungskraft im kreiseigenen Altenheim gearbeitet hat.

Als sie herkam, gab es keine Integrationskurse. Sie war auch durch die Erfahrungen als Kind zu eingeschränkt, um es zu schaffen, neben Arbeit und ihrem Mann und Kind, ohne jede Schulbildung, es hinzubekommen. Etwas Allgemeinbildung würde reichen: Sie spricht Ibo, ihre Muttersprache, Englisch ist Kolonialsprache. Deutsch die Sprache ihres Vaterlan-

des. Ihre Deutschkenntnisse haben immer gelangt, um mit den Alten im Heim zu reden. Zwei Töchter hatte sie bereits in jungen Jahren. Sie blieben in Nigeria. Für sie gab sie alles. Sie sammelte Sachen, Kleidung, um es hinzuschicken. Ein ganzes Lager voll. Doch die Container würden nur bis Lagos gehen. Bis Biafra geht gar nichts. So kamen all die Sachen in den Müll.

Allgemeinwissen zählt nicht, nur Behördenvorgaben

Sie lebt in einem kleinen Haus mit ihrem älteren Mann. Bescheiden sind sie. Einen deutschen Pass würde sie gerne haben. Einen Antrag zu stellen, hat sie sich nicht getraut, nachdem ihr vor etwa 8 Jahren in der Ausländerbehörde eine Kieler Nachrichten-Zeitung vorgelegt wurde, damit sie daraus mal vorlesen sollte, was sie nicht konnte.

Nun stellten wir zusammen einen Antrag. Es gibt die Möglichkeit auch ohne viele Deutschkenntnisse (BI) und ohne Einbürgerungstest einen deutschen Pass nach dem 65. Lebensjahr zu erhalten. Man hat das vor allem für Menschen eingerichtet, die hier lange gearbeitet haben. Wir hatten uns bei einem Anwalt erkundigt.

Wir sollten bitte einen Englisch- Dolmetscher mitbringen. Die Dolmetscherin war Synchrondolmetscherin. Dass P. sie nicht verstehen würde, kam in der Ausländerbehörde niemand in den Sinn. Allgemeinwissen zählt nicht, nur Behördenvorgaben. Die Dolmetscherin verwirrte P. eher mehr. Sie konnte kaum antworten.

Was sie von der Vielehe hielte... , wurde sie gefragt. Sie verstand es nicht. Ja, Nigeria ist ein geteiltes Land, muslimisch, bisweilen islamistisch und christlich geprägt. Es sind genau die Konflikte vor denen P. Angst hat.

Wie Selektion im Einbürgerungsbehördenalltag abläuft

Vielehe? – Ich übersetze für sie: “P. was denkst du von der Ehe?” Aha, ja, sie ist seit über 40 Jahren verheiratet, sie ist Christin. Alles andere versteht sie nicht.

Wir sollten die sechs-seitige Einbürgerungserklärung durcharbeiten. Was sie an Deutschland liebt? Das haben wir immer wieder besprochen. Und ihre Antwort: „Dass man einfach I12 oder I10 wählen kann, und es kommt jemand und hilft. Dass man frei über die Straße gehen kann, einkaufen gehen kann ohne Angst. Dass wenn man einen Pass hat, wählen darf – frei!“ Ob sie die “Loyalitätserklärung” verstanden habe? Nein, das sind Worte, die sie nicht versteht – schon gar nicht, wenn sie Angst hat.

Nun muss das „Innenministerium“ entscheiden

Wie „einfache“ Sprache geht, könnte man schulen, denn viel mehr Menschen verstehen das Behördendeutsch nicht – und ganz ehrlich, mir würde es auch helfen im Umgang, selbst nach Jahrzehnten in der Arbeit. Ein neurologisches Gutachten hatten wir beigebracht, in dem steht, dass sie einfach ist, eingeschränkt und sicher keine Sprache mehr lernen wird.

Die Behörde kann es nicht entscheiden, ob sie eine „echte“ Deutsche werden darf. In ihrem Altenheim hätten viele sicher anders entschieden, denn sie hat mit vielen gesprochen und viele haben sie gemocht. Nun muss das „Innenministerium“ entscheiden. Dabei bin ich mir auch da nicht ganz sicher, ob nicht das Sozialministerium dafür die richtigere Adresse wäre.

Statt des deutschen Passes bekam sie immerhin ein Dokument, mit dem sie nun weltweit reisen kann.

Nach 45 Jahren ...

Fanny Dethloff ist Pastorin i.R.



Kontrolle.

Einbürgerungsbericht 2025

Während Fanny Dethloffs Erfahrungen (siehe S. 44) mit der Einwanderungsbürokratie eher auf ein altersdiskriminierendes, von anti-schwarzem Rassismus und Klassismus bestimmtes Selektionsverfahren schließen lassen, in dem insofern Betroffene – selbst nach jahrzehntelangem Aufenthalt und guter Integration – chancenlos bleiben, ist hingegen die schleswig-holsteinische Sozialministerin Aminata Touré von der Entwicklung begeistert:

Mit Schreiben vom 20.1.2026 erklärt sie, der jüngste Einbürgerungsbericht 2025 zeige, „dass sich die Einbürgerungszahlen in Schleswig-Holstein – nach bereits mehreren Jahren dynamischer Entwicklung – erneut deutlich erhöht haben. Mit insgesamt 8.590 Einbürgerungen erreicht das Land 2024 einen neuen Höchstwert und setzt den seit 2021 sichtbaren strukturellen Aufwärtstrend fort.“

Das sei maßgeblich durch längerfristige Aufenthalts- und Integrationsverläufe, eine besonders gute Einbürgerungsbilanz der in 2015/16 hierher Geflüchteten und die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes 2024 bedingt. Die Geschlechterverteilung habe sich angeglichen und es sei zu erwarten, dass künftig die Einbürgerungen ukrainischer Geflüchteter zunehmen würden.

Reinhard Pohl indes stellt im Gegenwind 450 fest, dass die Chancen der grundsätzlich Einbürgerungsberechtigten in den Kreisen ungleich verteilt sind. Zwei Beispiele: Schleswig-Flensburg hat 1,6 % eingebürgert, der Nachbarkreis Rendsburg-Eckernförde 11,3 % – also mehr als siebenmal so viele. Das sei auch ein Demokratieproblem: Wer in RD jetzt die Einbürgerung beantragt, kann bei der Landtagswahl im April 2027 mit abstimmen. In SL/FL müssen die meistens noch eine Legislaturperiode warten.

Doch ist wohl auch der Ministerin bewusst, dass das Verwaltungshandeln bisweilen erheblich restriktiv ausgerichtet ist: „Regionale Unterschiede bleiben bestehen: Einige Regionen weisen besonders hohe Quoten und Zuwächse auf, während andere Regionen stärker schwanken.“

Von nichts kommt nichts schlussfolgert offenbar die Ministerin, dankt den Kommunen, die „ihre personellen und organisatorischen Kapazitäten weiterentwickelt“ haben und empfiehlt die Lektüre des Berichts:

Download: Einbürgerungsbericht SH 2025: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/inneresicherheit-verwaltung/einbuerbung/Service/einbuerbung-bericht>